Stand: 12.09.2026 12:57:40

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/8689

"Einfach machen: umfassendere Modell- und Testregionen für maximale Eigenverantwortung, radikale Bürokratieabschaffung und Staatsreform nach argentinischem Vorbild"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/8689 vom 29.10.2025
2. Beschluss des Plenums 19/8702 vom 29.10.2025
3. Plenarprotokoll Nr. 62 vom 29.10.2025

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 29.10.2025 **Drucksache 19/8689**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm, Richard Graupner, Johannes Meier, Markus Walbrunn, Florian Köhler, Oskar Lipp, Franz Bergmüller** und **Fraktion (AfD)**

Einfach machen: umfassendere Modell- und Testregionen für maximale Eigenverantwortung, radikale Bürokratieabschaffung und Staatsreform nach argentinischem Vorbild

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass Prüfanträge über einzelne Modellregionen mit bestimmten Befreiungen oder Abweichungen von nur landesrechtlichen Vorschriften nur ein sehr kleiner Schritt in die richtige Richtung zur Entlastung der bayerischen Bürger und Unternehmen von schädlichen Auflagen sein können. Für eine echte und spürbare Entlastung der Bürger und Unternehmen in Bayern bedarf es einer komplexen, ganzheitlichen und vor allem mutigen Initiative für eine umfassende Staatsreform und Bürokratieabschaffung (statt kleinteiligem Bürokratieabbau) nach dem Vorbild von Javier Milei in Argentinien.

Die Staatsregierung wird deshalb aufgefordert, sich im Rahmen einer weitreichenden Initiative auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene für den folgenden ganzheitlichen Komplex an Maßnahmen einzusetzen:

1. Die Schaffung in Bayern von sogenannten Modellregionen, welche Befreiungen oder Abweichungen nicht nur von landesrechtlichen Vorschriften und Anforderungen, insbesondere auch von Melde-, Nachweis-, Dokumentations- und Statistikpflichten, beinhalten, sondern auch:

   1.1 Die Modellregionen sollen gleichzeitig als Sonderwirtschaftszone (SWZ) fungieren können, welche weitreichende steuerliche und regulatorische Befreiungen von Steuern und regulatorischen Auflagen des Freistaates, des Bundes und der EU beinhalten. Dafür soll die Staatsregierung sich auf Bundesebene für die Ausarbeitung und Einführung eines Sonderwirtschaftszonen-Gesetzes einsetzen und mit der EU die entsprechenden beihilferechtlichen Rahmenbedingungen aushandeln. Zudem soll die Staatsregierung die Möglichkeit prüfen, jährliche Ausgleichszahlungen des Freistaates an die teilnehmenden Gemeinden einer Modellregion-SWZ zu schaffen, um Senkungen der kommunalen Hebesätze für Grundsteuer und Gewerbesteuer zu ermöglichen.

   1.2 Die Modellregionen sollen gleichzeitig als Reallabore (regulatorische Sandkästen) fungieren können. Dafür soll die Staatsregierung sich auf Bundesebene einsetzen für die schnelle Verabschiedung eines überarbeiteten „Reallabore-Gesetzes“ als Rahmengesetz mit maximalem Freiraum für die Länder, das eigenständige Reallabore auf Länderebene eröffnet. Hierzu gehören die Prüfung maximaler Öffnungs- und Experimentierklauseln für temporäre Ausnahmen oder Vereinfachungen bei Informations-, Berichts- und Prüfungspflichten, Genehmigungs- und Zulassungsverfahren (einschließlich „Fast-Track“-Verfahren im Modernisierungs- und Beschleunigungsprogramm Bayern 2030), Fördermittelbeantragungsvorgaben, steuerlichen Anforderungen, Datenschutz- und Sicherheitsanforderungen, arbeitsrechtlichen Vorschriften, Forschungsethikrichtlinien und regulatorischen Anforderungen für Produkte.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

2. Rückführung des Beamtenapparates des Freistaates im Bereich „Verwaltung und politische Führung“ auf das Niveau von 2018.
3. Rigorose Abschaffung zahlreicher Bürokratiemonster, die in den letzten Jahren durch die EU, den Bund und die Staatsregierung geschaffen wurden, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Wirtschaft wiederherzustellen.

   3.1 Die Staatsregierung wird daher insbesondere aufgefordert, auf Landesebene:
   - das Bayerische Klimaschutzgesetz abzuschaffen,
   - den Solardachzwang abzuschaffen (durch Streichung des Art. 44a „Solaranlagen“ aus der Bayerischen Bauordnung),
   - den bayerischen Wassercent nicht einzuführen.

   3.2 Die Staatsregierung wird weiterhin insbesondere aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass:
   - das Lieferkettengesetz abgeschafft wird,
   - das Bundesklimaschutzgesetz abgeschafft wird,
   - das Energieeffizienzgesetz abgeschafft wird,
   - das Nachweisgesetz abgeschafft wird,
   - das Hinweisgeberschutzgesetz abgeschafft wird,
   - das Gebäudeenergiegesetz abgeschafft wird,
   - die E-Rechnungspflicht abgeschafft wird,
   - das Tariftreuegesetz nicht eingeführt wird.

   3.3 Die Staatsregierung wird weiterhin insbesondere aufgefordert, sich auf EU-Ebene dafür einzusetzen, dass:
   - das Verbrenner-Verbot abgeschafft wird,
   - die EU-Taxonomie abgeschafft wird,
   - die CSRD-Richtlinie abgeschafft wird,
   - die Lieferketten-Richtlinie (CSDDD) abgeschafft wird,
   - die Energieeffizienzrichtlinie (EED) abgeschafft wird,
   - die Gebäuderichtlinie (EPBD) abgeschafft wird,
   - der CO_2-Grenzausgleichsmechanismus (CBAM) abgeschafft wird,
   - kleine und mittlere Unternehmen (KMU) von der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) befreit und diese für mittelgroße Unternehmen entschärft wird.
4. Die Prüfung einer gemeinsamen Föderalismus-Reform-Initiative der Bundesländer unter bayerischer Führung für die Herunterverlagerung bedeutender legislativer und exekutiver Kompetenzen von Bundes- auf Länderebene, um die Gestaltungskompetenzen für Bürokratieabbau der Bundesländer zu stärken.

Begründung:

Die immense Bürokratiebelastung stellt die bayerische Wirtschaft vor eine existenzielle Herausforderung, die durch eine radikale Reform behoben werden muss. Über 80 Prozent des deutschen Mittelstands sehen Bürokratie als ihr größtes Problem, was sich in hohen Kosten von 146 Mrd. Euro pro Jahr und erheblichen Zeitverlusten niederschlägt (DZ Bank, 2024; IW Köln, 2025; ifo, 2024). Mittelständische Betriebe investieren durchschnittlich 7 Prozent ihrer Arbeitszeit in bürokratische Vorgaben, was rund 1,5 Mrd. Stunden pro Jahr und Personalkosten von 61 Mrd. Euro verursacht (KfW Research, 2025). Diese Belastung hemmt Innovationen, Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit und trifft vor allem kleine und mittlere Unternehmen, die den Kern der bayerischen Wirtschaft bilden.

Die Hauptverantwortung für diese Situation trägt vor allem die CSU, die vom „woke Virus“ (Elon Musk) infiziert wurde und unweigerlichen Etatismus sowie staatlichen Interventionismus als notwendige Maßnahme sieht, um die „grüne Transformation“ – einschließlich Klimapolitik, Energiewende, Wärmewende, Verkehrswende und gesellschaftlicher Transformation – gegen den Willen der Bürger zu erzwingen. Dies ist der zentrale Grund für die wachsende Bürokratie in Deutschland und Bayern. Die Mehrheit der Bürger (40,7 Prozent) sieht die CDU/CSU als Hauptverantwortliche für die Bürokratielast (INSM, 2024). Unter der CDU/CSU-geführten Großen Koalition (2013–2021) vervierzehnfachte sich der Erfüllungsaufwand (NKR, 2025). In Bayern stieg die Zahl der Rechtsnormen unter CSU/FREIE WÄHLER zwischen 2018 und 2023 um 6,4 Prozent, während die Staatsbediensteten im Kernhaushalt von 173.945 auf 221.670 wuchsen – plus 27,4 Prozent in zehn Jahren; allein seit 2013 wurden rund 50 000 zusätzliche Verwaltungsbeamte eingestellt, darunter etwa 2 500 Berater für Energiewende, Klimaschutz oder Asylthemen (Drs. 19/117; Statistik Bayern, 2014; Statistik Bayern, 2024; FAZ, 2025). Statt Abbau stellte die CDU/CSU-Bundesregierung über 200 neue Verwaltungsbeamte ein, davon 150 im neuen „Ministerium für Staatsmodernisierung“ (tagesschau, 2025). Diese Entwicklung unterstreicht, wie ideologisch getriebene Politik zu einer aufgeblähten Verwaltung führt, die Bürger und Unternehmen erdrückt.

Besonders zynisch ist, dass die CSU und die FREIEN WÄHLER AfD-Anträge ablehnen, diese aber nach kurzer Zeit kopieren und als eigene Ideen präsentieren. Die AfD-Fraktion hatte bereits am 9. April 2024 Sonderwirtschaftszonen und am 10. Juli 2025 Reallabore mit Experimentierklauseln auf Landesebene gefordert, um Bürokratie abzubauen (Drs. 19/1727; Drs. 19/7521), unterstützt durch die Pressekonferenz von MdL Franz Bergmüller am 8. Juli 2025, wo er diese Forderungen wiederholte. Die CSU lehnte die Vorschläge der AfD damals ab, kündigte aber in ihrer Herbstklausur 2025 im Kloster Banz „Modellregionen mit Experimentierklauseln“ an und bringt nun den Dringlichkeitsantrag „Einfach machen: Modell- und Testregionen für mehr Eigenverantwortung und weniger Bürokratie“. Dies beweist, dass die CSU die richtigen Forderungen der AfD immer wieder kopiert und als eigene ausgibt, ohne den Mut für eine Zusammenarbeit mit der AfD für einen grundsätzlichen Wandel aufzubringen.

Initiativen für Bürokratieabbau seitens der Staatsregierung – wie Modellregionen und Modernisierungsgesetze – werden im Großen und Ganzen begrüßt, sind aber zu wenig, zu kleinteilig und zu spät, vor allem da die Bürokratielast selbst verschuldet ist. Das Hauptproblem sind die sehr eingeschränkten Kompetenzen der Bundesländer zur Behebung der Probleme, die vor allem auf Bundes- und EU-Ebene geschaffen werden. Die im Juli 2024 eingesetzte Enquetekommission Bürokratieabbau arbeitet offen, kollegial und sachlich unter Leitung von Abgeordnetem Steffen Vogel (CSU), wobei viele Vorschläge aller Fraktionen, auch der AfD, übernommen wurden. Doch während CSU, FW, SPD und Grüne nur moderate Anpassungen bevorzugen, setzt die AfD auf einen radikalen Rückbau ganzer Gesetze und Verwaltungsstrukturen sowie eine spürbare Reduzierung von Verwaltungsbeamten, um Bürger und Unternehmen zu entlasten. Trotz begrenzter Handlungsmöglichkeiten auf Landesebene betrachtet die AfD besonders kritisch die überflüssige Bürokratie im Bereich Klimapolitik und betont, dass ihre weitreichenden Reformkonzepte echte, messbare Vereinfachungen bringen.

Um Bürokratie spürbar abzuschaffen, bedarf es daher einer radikalen Initiative und Staatsreform nach argentinischem Vorbild für 1. Modellregionen als SWZ und Reallabore; 2. Rückführung des Beamtenapparates des Freistaates Bayern im Bereich „Verwaltung und politische Führung“ auf das Niveau von 2018; 3. Abschaffung der Bürokratiemonster auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene; 4. Herunterverlagerung bedeutender legislativer und exekutiver Kompetenzen von Bundes- auf Länderebene.

Vorbilder unterstreichen diesen radikalen Schnitt statt kleinteiliger Flickschusterei: In Argentinien hat Präsident Javier Milei seit dem ersten Jahr seiner Regierungszeit über 670 Rechtsnormen abgeschafft – 1,8 pro Tag (Cato Institute, 2024). Argentiniens Wirtschaft erlebte dank des radikalen Reformkurses von Präsident Javier Milei 2024/2025 eine rasante Erholung: Nach einer Schrumpfung um ca. 1,7 Prozent 2024 steigt das BIP in 2025 um rund 5,5 Prozent und wird für 2026 auf etwa 4 Prozent prognostiziert (höchste Werte unter den OECD-Ländern), und der radikale Kurs von Argentiniens Präsident Javier Milei, der die Abschaffung ganzer Gesetze, Deregulierung ganzer Märkte,

massive Entlassungen von Verwaltungsbeamten und die Halbierung der Ministerienzahl umsetzte, wurde durch seinen Erdrutschsieg von 40 Prozent bei den letzten parlamentarischen Zwischenwahlen klar bestätigt, was die breite Unterstützung der Bevölkerung für seinen Kurs unterstreicht. Mileis libertärer Reform-Kurs ist ein Vorbild für Bayern und Deutschland.

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 29.10.2025 **Drucksache** 19/**8702**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm, Richard Graupner, Johannes Meier, Markus Walbrunn, Florian Köhler, Oskar Lipp, Franz Bergmüller** und **Fraktion (AfD)**

Drs. 19/**8689**

Einfach machen: umfassendere Modell- und Testregionen für maximale Eigenverantwortung, radikale Bürokratieabschaffung und Staatsreform nach argentinischem Vorbild

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Ludwig Hartmann

IV. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold
Abg. Kerstin Schreyer
Abg. Oskar Lipp
Abg. Stephanie Schuhknecht
Abg. Katja Weitzel
Abg. Markus Saller
Abg. Florian Köhler

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Zur gemeinsamen Beratung rufe ich nun auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten
Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. und Fraktion (CSU),
Florian Streibl, Felix Locke, Markus Saller u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Einfach machen: Modell- und Testregionen für mehr Eigenverantwortung und weniger Bürokratie (Drs. 19/8668)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
Einfach machen: umfassendere Modell- und Testregionen für maximale Eigenverantwortung, radikale Bürokratieabschaffung und Staatsreform nach argentinischem Vorbild (Drs. 19/8689)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und erteile Frau Kollegin Kerstin Schreyer für die CSU-Fraktion das Wort. Bitte schön.

Kerstin Schreyer (CSU): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte unseren Antrag gerne kurz vorstellen, danke aber im Vorfeld der Jungen Union mit Manuel Knoll und der Jungen Gruppe mit Maximilian Böltl, die maßgeblich dazu beigetragen haben, dass wir diesen Antrag heute stellen können. Wir alle wissen, dass der Anteil der Bürokratie riesengroß und überbordend ist. Jetzt geht es darum, Modellregionen zu schaffen und zu diskutieren, wie wir dort gezielt etwas ausprobieren und bestimmte Regelungen aussetzen können. Gerade die Wirtschaft, unsere Unternehmen, das Ehrenamt und alle gesellschaftlichen Akteure schimpfen und sagen: Ihr müsst die Verfahren beschleunigen und verändern. – Genau darum geht es hier.

Die Studie des Ifo-Instituts im Auftrag der IHK München und Oberbayern hat formuliert, dass die überbordende Bürokratie in Deutschland pro Jahr bis zu 146 Milliarden

Euro an Wirtschaftsleistung kostet. Bei dieser Summe kann man durchaus diskutieren und feststellen, dass wir zum einen abbauen müssen, wie es Walter Nussel, der Beauftragte der Staatsregierung für Entbürokratisierung, tut, aber zum anderen einmal im Großen überlegen und ausprobieren, eine ganze Region besser aufzusetzen. Es geht um Freiheit, den Abbau von Hürden und darum, innovative Ideen voranzubringen und die Vorsicht, die uns Deutsche sehr oft ausmacht, einmal außer Kraft zu setzen. Insofern geht es darum, dieses Vorschriftendickicht ein Stück weit zu lichten und auf die klassische Staatstätigkeit zurückzuführen, statt auf alles auszudehnen, was man sonst noch so regeln könnte.

Um hier besonders effizient voranzukommen, geht es darum, eine Modellregion oder vielleicht auch verschiedene Modellregionen mit unterschiedlichen Schwerpunkten zu entwickeln, in denen man einmal bewusst von den klassischen Vorschriften abweicht, natürlich immer im Einvernehmen mit den Kommunen. Zum Beispiel geht es darum, einmal Melde-, Nachweis-, Dokumentations- und Statistikpflichten außer Kraft zu setzen und bewusst zu beobachten, was passiert. Dann kann es gut sein, dass wir manche Regelungen plötzlich aussetzen können, weil wir die Erfahrung gemacht haben, dass es funktioniert. Auch die Kontrolldichte wird hinterfragt. Diese müssen wir ebenfalls betrachten. Vielleicht geht es ein bisschen besser, wenn wir einmal das unternehmerische Handeln und nicht nur die Regulatorik in den Vordergrund stellen.

Wie Sie alle wissen, stammen die meisten Regelungen vom Bund und aus Europa. Dennoch lohnt es sich, diese zu betrachten und zu versuchen, miteinander eine Lösung zu finden, natürlich immer gemeinsam mit den Kommunen. Anders kann es nicht funktionieren. Es muss miteinander laufen.Richtig wird sein, das mal auszuprobieren, dann die Ergebnisse zu evaluieren und am Ende des Tages zu schauen, ob man die Bürokratielast in ganz Bayern reduzieren kann. Entsprechend bitte ich natürlich um Zustimmung zu unserem Antrag.

Wir haben einen Nachzieher, zu dem ich auch gerne kurz Stellung nehmen möchte. In dem Nachzieher der AfD-Fraktion wird nämlich Argentinien als Beispiel genannt.

Das finde ich besonders spannend; denn in Argentinien wurde ja mit der Kettensäge wirklich alles reduziert.

(Zuruf des Abgeordneten Florian Köhler (AfD))

Das bedeutet, die Ministerien wurden halbiert. Das klingt jetzt erst mal gar nicht so schlecht. Aber die Sektoren Gesundheit, Erziehung, Energie und Verkehr werden zum Beispiel kaum noch bezuschusst. Ebenso ist der Rentenanstieg kleiner als der Anstieg des Preisniveaus, was dazu führt, dass viele Rentnerinnen und Rentner in Argentinien jetzt die Unterstützung ihrer Kinder brauchen oder Gelegenheitsjobs annehmen sollen.

Argentinien hat auch entschieden, dass die staatlichen Universitäten nicht mehr so stark gefördert werden sollen, weil sie meinen, dass der Mittelstand das für seine Kinder schon selber finanzieren könne, und die armen Menschen würden ja eh nicht an die Hochschule kommen. – Das ist ein Gesellschaftsbild, zu dem man einfach klar sagen muss: Das ist mit uns als CSU-Fraktion nicht vereinbar.

(Beifall bei der CSU)

Die argentinische Regierung kontrolliert im Übrigen ja auch den Devisenmarkt. Das führt dazu, dass Argentinien jetzt das teuerste Land in der Region ist. Das bedeutet: Das sind Dinge, die wir natürlich nicht mitmachen.

Ich fasse zusammen: Genau das Modell, das uns gerade erklärt werden soll, würde dem Mittelstand schaden. Es würde der Mittelschicht schaden, es würde der Gesellschaft schaden, und das Gesellschaftsbild, das zugrunde liegt, ist nicht das, was CSU und FREIE WÄHLER teilen. Deswegen lehnen wir den Antrag der AfD-Fraktion ab.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Frau Kollegin, für eine Zwischenbemerkung hat der Abgeordnete Oskar Lipp, AfD-Fraktion, das Wort.

Oskar Lipp (AfD): Geschätzte Frau Kollegin Schreyer, erst einmal vielen Dank, dass Sie auch auf unseren Nachzieher eingegangen sind. Ich hätte jetzt eine konkrete Frage. Sie haben gesagt, was in Argentinien seit der Reform nicht funktioniert. Sie haben aber nicht gesagt, was funktioniert. Das ist zum Beispiel, dass die Inflation auf einem Vier-Jahrestief ist. Dort hat man nur noch etwa 2,5 % Inflation. Das heißt, dort ist Geldwertstabilität. Außerdem haben Sie verschwiegen, dass man im zweiten Quartal dieses Jahres ein Wirtschaftswachstum von circa 7,5 % hat. Im letzten Jahr waren es über 5 %. – Das steht auch in unserem Antrag. Deswegen wollte ich fragen, wie Sie das bewerten.

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Bitte, Frau Kollegin.

Kerstin Schreyer (CSU): Herr Kollege Lipp, ich habe nichts verschwiegen, sondern ich habe dargestellt, was wir in Bayern machen, weil ich für Argentinien keinerlei Zuständigkeit habe. Ich möchte Ihnen aber der Vollständigkeit halber schon sagen: Wenn das Ganze funktionieren würde, frage ich mich, warum das Ansehen der Regierung so drastisch sinkt

(Florian Köhler (AfD): Er wurde mit 40 % wiedergewählt! – Zuruf des Abgeordneten Martin Böhm (AfD))

und warum die Situation so ist, dass es in der Gesellschaft wesentlich mehr Armut gibt und eine wesentlich schlechtere Situation. Genau das ist der Hintergrund, wieso ich Ihr Beispiel aufgeführt habe.

(Florian Köhler (AfD): 40 %!)

– Herr Köhler, ich weiß gar nicht, warum Sie so schreien müssen.

(Widerspruch bei der AfD – Michael Hofmann (CSU): So ein Blödsinn! Ihr habt nicht mal zugehört!)

Anscheinend habe ich den wunden Punkt getroffen und kann Ihnen nur sagen: Wir machen gute Politik für Bayern. Wir sind nicht für Argentinien zuständig. Deswegen lehnen wir Ihren Antrag aus voller Überzeugung ab und bitten um Zustimmung für unseren.

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön. – Nächster Redner ist der Abgeordnete Oskar Lipp für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Oskar Lipp (AfD): Herr Vizepräsident, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es geht um einen Dringlichkeitsantrag der CSU und der FREIEN WÄHLER mit dem Titel "Modell- und Testregionen für mehr Eigenverantwortung und weniger Bürokratie". Lassen Sie mich eines vorweg betonen: Das ist ein sehr kleiner Schritt, aber das ist ein Schritt in die richtige Richtung beim Thema Bürokratieabbau. Er zeigt aber auch, dass die Grundideen der AfD, nämlich mehr Eigenverantwortung, Bürokratieabbau sowie Entlastung der Bürger und Unternehmen, richtig sind. Eines bleibt jedoch klar: Dieser Schritt ist zu wenig. Er ist zu begrenzt. Wir brauchen endlich mehr Mut und mehr Entschlossenheit in dieser Angelegenheit.

Die immense Bürokratiebelastung stellt die bayerische Wirtschaft vor existenzielle Herausforderungen. Über 80 % des deutschen Mittelstands sehen die Bürokratie als ihr größtes Problem an. Wir haben es vorhin von der Kollegin gehört: Es sind circa 146 Milliarden Euro im Jahr. Genau diese Belastung hemmt die Investitionen, das Wachstum und auch die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen in Bayern, das Rückgrat der bayerischen Wirtschaft. Das sind vor allem die kleinen und mittleren Unternehmen.

Wir müssen aber auch ehrlich sein und sagen, dass die Hauptverantwortung für diese Entwicklung auch die Union trägt und mitgetragen hat; denn unterbewusst sieht die

Union nach wie vor die Staatsausgaben, also den sogenannten Etatismus, als notwendig an, um die sogenannte grüne Transformation, seien es Energiepolitik, Energiewende, Wärmewende, Verkehrswende oder auch die gesellschaftliche Transformation, voranzutreiben, auch gegen den Willen der Bürger.

Allein seit dem Jahr 2013 wurden in Bayern über 50.000 neue Verwaltungsbeamte eingestellt, darunter 2.500 Berater in den Bereichen Asyl, Klima und Energiewende. Besonders zynisch finde ich es, dass die CSU und die FREIEN WÄHLER unsere Anträge immer ablehnen,

(Martin Behringer (FREIE WÄHLER): Da muss man halt gescheite Anträge schreiben!)

diese aber ein bisschen später durch ihre Referenten kopieren lassen

(Lachen bei der CSU)

und dann auch, wie jetzt, als eigene Ideen präsentieren.

(Widerspruch bei Abgeordneten der CSU und der FREIEN WÄHLER)

Wissen Sie, woher dieser Antrag auch stammt? – Ja, Sie haben das auf Ihrer Klausurtagung in Kloster Banz gebracht. Aber wir waren sieben Tagen vor Ihnen dran und haben bereits gefordert, dass Ingolstadt Modellregion für Oberbayern werden soll. Sie sprechen, wir fordern.

So hat die AfD-Fraktion beispielweise auch bereits im April 2024 Sonderwirtschaftszonen beantragt, und im Juli 2025 die Reallabore mit den Experimentierklauseln auf Landesebene, um eben die Bürokratie abzubauen. Dies wurde auch durch eine Pressekonferenz von meinem geschätzten Landtagskollegen Franz Bergmüller am 8. Juli 2025 bekräftigt. Damals hat die CSU die Vorschläge abgelehnt, hat aber dann, wie ich bereits gesagt habe, Ende September auf ihrer Klausurtagung diese Modellre-

gionen mit Experimentierklauseln beschlossen und nun heute den entsprechenden Dringlichkeitsantrag eingereicht.

Dies zeigt eben auch deutlich: Die CSU kopiert die richtigen Forderungen der AfD, hat aber nicht den Mut, echte, konsequente Reformen umzusetzen, was auch nur in einer Regierungskoalition mit der AfD gehen würde. Das wissen Sie auch, dass Sie mit den Roten nichts werden umsetzen können.

Unser Nachzieher, auf den die Kollegin bereits eingegangen ist, geht weit über die Minimalforderung hinaus. Was fordern wir? – Wir fordern eine radikale Wende. Das heißt, wir fordern Modellregionen als Sonderwirtschaftszonen und Reallabore, die Rückführung des bayerischen Beamtenapparats auf das Niveau von 2018, die Abschaffung sämtlicher Bürokratiemonster auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene sowie auch eine Stärkung der Länderkompetenzen.

Vorbilder für diesen radikalen Schritt gibt es. Wir haben es bereits gehört: Präsident Milei hat in Argentinien in seiner Regierungszeit über 670 Rechtsnormen abgeschafft. Er hat auch ganze Märkte, beispielsweise den Wohnungsmarkt, dereguliert und Ministerien halbiert. Sein radikaler Kurs wurde auch bestätigt. Vergangenen Sonntag waren dort Präsidentschaftswahlen, und seine Partei hat 40 % der Stimmen erreicht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD – Widerspruch des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Wir stehen jetzt an einer Weggabelung: Entweder belassen wir es hier bei Klein-Klein und bei kosmetischen Anpassungen, die nichts am Kernproblem ändern, oder wir gehen einen mutigen Weg, den eben die AfD vorschlägt, und wagen einen umfassenden Bürokratieabbau, maximale Eigenverantwortung für die Bürger und Unternehmen und auch eine Staatsreform mit der Kettensäge.

Deshalb bitte ich Sie: Stimmen Sie sowohl dem Antrag der CSU und der FREIEN WÄHLER zu, als kleinem Schritt in die richtige Richtung, als auch vor allem unserem weitergehenden, richtigen Antrag. – Vielen Dank. Afuera!

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Abgeordneter, es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. Hierzu hat die Kollegin Kerstin Schreyer, CSU-Fraktion, das Wort. Bitte.

Kerstin Schreyer (CSU): Herr Kollege Lipp, Sie haben darauf bestanden, dass Sie sieben Tage, bevor wir das in der Fraktion beschlossen haben, einen Antrag formuliert haben. Ich kann Ihnen nur sagen: Ich freue mich sehr, dass Sie das offensichtlich von der Jungen Union abgeschrieben haben. Die Junge Union hat den Antrag bereits ein Jahr vorher auf dem CSU-Parteitag eingebracht. Es wurde Überweisung beschlossen, und damit ist das Thema bei mir im Arbeitskreis Wirtschaft der CSU-Fraktion aufgeschlagen. Wir haben es dann diskutiert.

Aber ich kann das sehr gut nachvollziehen; denn die Junge Union macht einfach eine sehr gute Arbeit.

(Lachen bei der AfD)

Ich verstehe es, wenn Sie die Idee gerne übernehmen möchten. Ich möchte Ihnen nur sagen: Wer es geschrieben hat, ist schon wichtig.Ich kann Ihnen versichern: Sie werden ganz sicher nicht mehr erleben, dass wir mit der AfD in irgendeiner Form zusammenarbeiten.

(Zuruf des Abgeordneten Matthias Vogler (AfD))

Oskar Lipp (AfD): Frau Kollegin Schreyer, erst einmal zum letzten Punkt: Ich glaube, das werden wir durchaus noch erleben, dass Sie mit der AfD zusammenarbeiten, weil

Sie zusammenarbeiten müssen. Machen Sie gerne weiter so mit Rot-Grün, dann sind Sie irgendwann auch unter der Zehn-Prozent-Marke.

(Zuruf von der CSU: Wo denn mit Rot-Grün? – Zuruf von der CSU: Das sollten Sie inzwischen wissen!)

Das ist das Erste. Dann das Zweite.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren, Sie sind eine staatstragende Partei, das heißt, Sie sind nicht nur auf Landesebene, sondern auch auf Bundesebene in der – –

(Michael Hofmann (CSU): Die GRÜNEN sind in der Bundesregierung?)

– Nein, aber mit den Roten. Auf Kommunalebene machen Sie doch auch – –

(Zuruf des Abgeordneten Michael Hofmann (CSU))

– Darf ich jetzt noch reden oder nicht, Herr Hofmann? – Also: Sie arbeiten auf alle Fälle in den Kommunalparlamenten mit Rot-Grün zusammen. In einem halben Jahr wird sich das ändern.

(Zuruf des Abgeordneten Michael Hofmann (CSU))

Wir haben bereits zum Thema Reallabore etwas eingereicht. Wer da zuerst dran war – – Ich glaube, wir waren zuerst dran. Das war, glaube ich, im April 2024. Das müssten wir noch mal prüfen. Ich glaube aber, es schadet nicht, wenn wir alle dieselbe richtige Idee haben. Ich denke, eine gute Idee ist unabhängig davon, woher sie kommt, zustimmungsfähig.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Die nächste Rednerin ist die Kollegin Stephanie Schuhknecht für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Stephanie Schuhknecht (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Dringlichkeitsantrag trägt im Titel: "Einfach machen". Ich würde ergänzen zu: Einfach gut machen; denn unser Ziel sollte es doch sein, endlich aus dem Modus des ewigen Herumwurschtelns herauszukommen. Unser Ziel muss es sein, mutig und pragmatisch echte Verbesserungen anzustoßen. Dazu kann der Dringlichkeitsantrag der CSU und der FREIEN WÄHLER definitiv einen Beitrag leisten. Es macht wirklich Sinn, einmal auszuprobieren, welche konkreten Auswirkungen Dinge haben, bevor man sie für alle vorsieht und ein neues Gesetz verabschiedet. Deshalb werden wir dem Dringlichkeitsantrag zustimmen.

Ich muss aber einmal erwähnen, dass Sie im Dringlichkeitsantrag schreiben, die Staatsregierung wird aufgefordert, die "gesetzlichen Voraussetzungen zu schaffen". An dieser Stelle ein Hinweis: Gesetze machen schon noch wir Parlamentarierinnen und Parlamentarier. Ich würde sagen, das ist auch unser Selbstverständnis. Die Ministerien können aber gerne einen Vorschlag erarbeiten, den wir hier im Parlament bearbeiten und bewerten werden.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das geht ineinander über!)

Zurück zum Anliegen. Es ist gut und wichtig. Entscheidend ist: Vor Ort wissen die Kommunen und Behörden am besten, was sie brauchen oder zumindest was man gut ausprobieren könnte. Genau das müssen wir nutzen. Wir müssen uns trauen, denjenigen, die die Bedarfe und Abläufe am besten kennen, die Möglichkeit zu geben, Sachen zu testen und auszuprobieren; denn das Wissen, wie es besser geht, ist oft da. Oft werden aber Gründe gesucht, warum es doch nicht geht, und dann wird es doch nicht gemacht.

Erst vor zwei Wochen haben sich zwei große Landkreise, Augsburg und München, auf den Weg gemacht und sich öffentlich darum beworben, als Modellregionen für den Einsatz von KI bei Baugenehmigungen und weiteren Anwendungen für mehr Verwaltungsdigitalisierung im Freistaat berücksichtigt zu werden. Ich hoffe, dass der heutige Dringlichkeitsantrag ein Zeichen dafür ist, dass dieses Engagement der Kommunen in dieser Sache Früchte trägt.

Ein weiteres Beispiel, das ich erst letzte Woche bei der Veranstaltung beim Bayernwerk genannt habe, ist das Reallabore-Gesetz auf Bundesebene. Auch dieses hat eine ziemlich lange Historie und war eigentlich schon unter der Ampel-Regierung in Arbeit. Die Akteure aus der Industrie stehen in den Startlöchern und warten darauf, dass es konkret in die Umsetzung geht. Wir sollten alle daran arbeiten, dass das möglichst schnell gelingt.

Andere Länder sind deutlich weiter und schneller. Das zeigt sich immer wieder, wenn man im Ausland guckt, wie es dort läuft. Die Enquete-Kommission des Bayerischen Landtages hat sich zu einer Reise nach Schweden aufgemacht. Diese Reise ist jetzt schon öfter erwähnt worden. Der Kollege Becher hat mir viel von ihr erzählt. Namentlich möchte ich mich an dieser Stelle bei Herrn Dr. Manfred Gößl und der IHK München und Oberbayern bedanken, dass sie das möglich gemacht haben. Ich denke, die Reise war erkenntnisreich und aufschlussreich. Man hat gesehen: In Deutschland und in Bayern ist es teilweise sehr schwerfällig. Vieles ist schwerfälliger, als es sein müsste.

Wenn man die Verwaltungsdigitalisierung international vergleicht, sieht man, dass wir in der Fläche ganz weit abgeschlagen sind. Unser Digitalminister kann noch so oft vom "Bayernspeed" reden – wir müssen ihn jetzt endlich mal auf die Straße bringen.

Dass es so schleppend geht, liegt nicht an den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und Beamtinnen und Beamten in den Behörden; denn sie machen einen tollen Job. Sie sind Topleute. Sie werden aber oft ausgebremst. Wir digitalisieren oft Stückwerk.

Jeder, der sich damit beschäftigt, weiß: Schlechte Prozesse zu digitalisieren führt zu einem schlechten digitalisierten Prozess, das macht den Prozess als solchen aber nicht besser. Wir brauchen ein echtes Umdenken und Prozesse, die wirklich ins digitale Zeitalter passen, und zwar ohne die Absenkung wichtiger Standards – das ist mir wichtig – und auch ohne das Ansetzen einer Kettensäge.

Modell- und Testregionen können dazu wirklich einen Beitrag leisten. Es muss aber auch klar sein: Nur zu testen reicht nicht. Wir müssen schauen, was wirklich funktioniert hat, was ein Rohrkrepierer war, was vielleicht lokal, aber nicht bayernweit funktioniert. Dafür braucht es Geld und mehr Kapazitäten, auch für die Evaluation; denn sonst passiert das, was im Titel des Dringlichkeitsantrags ein bisschen anklingt: Es wird irgendetwas gemacht, aber es wird nicht nachhaltig gemacht. Wir werden auf jeden Fall überprüfen, ob es in diese Richtung geht.

Den Dringlichkeitsantrag der AfD lehnen wir ab, was vielleicht nicht ganz überraschend ist. Sie haben die Geldwertstabilität als einen Grund genannt. Wenn man sieht, dass ein Rettungspaket in Höhe von 40 Milliarden Dollar von den USA an Argentinien geflossen sind, dann muss man sagen: So weit her kann das mit der Stabilität nicht sein.

(Zuruf des Abgeordneten Florian Köhler (AfD))

Trump hat vor der Wahl in Argentinien angedroht, dass diese 40 Milliarden Dollar nicht fließen werden, wenn nicht so gewählt werde, wie er es sich wünscht. Aus dieser Sicht muss man diese Wahl dort noch einmal bewerten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Die nächste Rednerin ist die Kollegin Katja Weitzel für die SPD-Fraktion. Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Katja Weitzel (SPD): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Den Dringlichkeitsantrag, den wir heute vorliegen haben, haben wir uns angeschaut. Wir

sind zu dem Ergebnis gekommen, dass es nicht wirklich falsch ist, was mit ihm gefordert wird. Wir fanden ihn aber durchaus unbestimmt. Wir finden, es ist auch ein bisschen ein Schaufensterantrag. Warum? – Der Antrag ist mit Begriffen gespickt, wie: es müssten "sonstige Maßnahmen" geprüft werden, ob "weitergehende Abweichungsmöglichkeiten" in Anspruch genommen werden könnten "in allen geeigneten Lebensbereichen". Wir haben uns gefragt, was man darunter verstehen kann.

Das Ziel des Dringlichkeitsantrags, in Modellregionen Maßnahmen der Entbürokratisierung zu testen und zu evaluieren, klingt an sich gut. Dieses Ziel unterstützen wir durchaus. Wir fragen uns allerdings, was das soll; denn die Enquete-Kommission ist in der Bearbeitung des sehr umfangreichen Fragenkataloges schon sehr weit. Es kommt ein Modernisierungsgesetz nach dem anderen in einer unglaublichen Schnelligkeit. Und dann kommen jetzt Sie mit so einem Prüfauftrag. Wir haben uns gefragt, ob hinter den Abläufen ein gewisser Sinn steht. Zur Klarstellung: Wir stellen uns nicht gegen einen Bürokratieabbau. Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist aber völlig klar: Bürokratie sollte dort abgebaut werden, wo das notwendig und sinnvoll ist.

Den Abbau des Berichtswesens – davon ist in Ihrem Dringlichkeitsantrag auch die Rede – haben wir heute vor ein paar Stunden schon gesehen: Der Klimaschutzbericht soll abgeschafft werden, der Gleichstellungsbericht und der Lobbyregisterbericht sollen abgeschafft werden. Das ist Tabula rasa mit der Kettensäge. Das würde mit uns nicht gehen.

(Zuruf von der CSU)

Was bedeutet das? – Ich nenne als Beispiel die Forderung nach der Streichung des Lobbyregisterberichts. Der Bericht in seiner momentanen Form schafft eine regelmäßige Rechenschaftspflicht der Staatsregierung gegenüber dem Parlament, also gegenüber uns, und auch gegenüber der Öffentlichkeit. Ohne ihn gäbe es nur noch freiwillige unregelmäßige Informationen. Die Nutzungszahlen des Portals – über 50.000 Aufrufe dieser Webseite – belegen doch, dass es ein großes Informationsinte-

resse gibt. Ein verpflichtender Bericht zeigt auch, wie sehr uns als Parlamentarierinnen und Parlamentarier und der Staatsregierung an Transparenz gelegen ist. Wenn man das alles abschafft, dann hat das alles eine andere Bedeutung. Das nenne ich als Beispiel.

(Zuruf des Abgeordneten Alex Dorow (CSU))

Wir stellen uns dem nicht entgegen; Ihr Dringlichkeitsantrag sagt jedoch wenig aus, in welche Richtung es gehen wird. Wir stehen für Bürokratieabbau. Wir möchten das aber mit dem Florett und nicht mit der Kettensäge. Davon sehen wir im Handeln der Staatsregierung aber im Moment eher wenig. Der Dringlichkeitsantrag trägt für uns nichts dazu bei. Wir werden uns bei der Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Stimme enthalten und ihn nicht ablehnen. Den Dringlichkeitsantrag der AfD werden wir ablehnen. Ich finde, die Redezeit ist zu schade, um sie für ihn aufzuwenden.

(Zuruf des Abgeordneten Matthias Vogler (AfD))

Der Preis, den wir alle bei Zustimmung zu diesem Dringlichkeitsantrag zahlen müssten, ist viel zu hoch. Ich denke, das muss allen bewusst sein.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Frau Kollegin, es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. Dazu erteile ich der Abgeordneten Kerstin Schreyer von der CSU-Fraktion das Wort.

Kerstin Schreyer (CSU): Frau Kollegin Weitzel, ich habe heute im Plenum von der SPD-Fraktion immer nur Bürokratieaufbauwünsche gehört. Sie ist offenbar die Bürokratieaufbaufraktion. Sie haben gerade formuliert, dass die Modernisierungsgesetze jetzt kommen. Ich finde es klasse, dass möglichst viel aus den Regierungsfraktionen und aus der Regierung kommt, damit wir das Thema ernsthaft angehen und schauen, möglichst viel anzugehen. Was sind denn Ihre konkreten Vorschläge, wo Bürokratie aufgebaut werden kann?

Katja Weitzel (SPD): Aufgebaut?

Kerstin Schreyer (CSU): Entschuldigung, ich meine natürlich "abgebaut".

Katja Weitzel (SPD): Das wäre ja interessant gewesen. Von Ihnen hören wir immer nur: Abschaffung von Kontrollpflichten, Abschaffung von Berichtswesen, Abschaffung, Abschaffung, Abschaffung. Bürokratie ist nicht vom Himmel gefallen. Ihr Aufbau hatte Gründe. Man muss deshalb ganz genau gucken, was man abbaut und vor allem, welche Konsequenzen es hat, wenn man abbaut.

(Kerstin Schreyer (CSU): Was möchten Sie denn abbauen?)

Es gibt sicherlich Berichte, die nie abgerufen werden. Wir sagen: Dieser Bürokratieabbau ist richtig. Wenn die irgendwo schlummern und niemand sie abruft, kann man diese Berichte abbauen.Aber diese wichtigen Berichte, die ich gerade aufgezählt habe und über die wir heute Mittag gesprochen haben, sind konkret und stellen Transparenz und Rechtssicherheit her, übrigens auch die Öffentlichkeit betreffend.

(Kerstin Schreyer (CSU): Keine einzige Formulierung, wo Sie was abbauen wollen!)

– Ich höre von Ihnen nur "Abbau von Kontrollrechten". Rechte, die die Menschen und die Bevölkerung haben, und Rechte, die übrigens auch die Verbände haben, die sie beteiligen, sehen wir im Moment nicht.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Frau Kollegin. – Der nächste Redner ist für die FREIEN WÄHLER der Kollege Markus Saller. Bitte, Sie haben das Wort.

Markus Saller (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Zahl 146 Milliarden Euro an Bürokratiekosten ist jetzt schon mehrfach gefallen. Aber nicht nur die Wirtschaft, sondern auch Vereine, Ehrenamtliche

und Kommunen ächzen unter Formularfluten, Nachweispflichten und Kontrolldichten. Genau deswegen haben wir mit der CSU zusammen heute diesen Dringlichkeitsantrag "Einfach machen" auf die Tagesordnung gebracht.

Ja, Frau Weitzel, das ist Ihnen zu unbestimmt. Wir haben aber gerade in der Enquete-Kommission gelernt, dass viele Dinge erst durch den Vollzug entstehen. Manchmal sieht man eben erst in der täglichen Routine, wo man Dinge verbessern kann. Man schreibt also nicht haarklein vor, wenn man eine Testregion bestimmt, wo man Dinge verändern kann.

"Einfach machen" ist ein doppeltes Motto. Zum einen heißt es: "Machen", zum anderen heißt es: "Die Dinge auch einfach machen". Darum geht es uns. Wir wollen das Leben für unsere Bürgerinnen und Bürger, aber auch für unsere Leute, die in der Verwaltung tätig sind, leichter machen.

Was kann man sich, um es ein wenig konkreter zu machen, darunter alles vorstellen? – Das ist eine temporäre Befreiung von bestimmten Melde-, Dokumentations- und Statistikpflichten, mehr Eigenverantwortung in die Kommunen zurückzugeben, eine klare wissenschaftliche Evaluation, damit am Ende feststeht, was sich bewährt und was sich nicht bewährt hat. Denken Sie auch an die Digitalisierung – extra an eine Bürger-ID, mit der es möglich ist, Stimmungsbilder abzufragen oder Bürgerentscheide abstimmen zu lassen, und zwar ohne dass die Bürger ins Wahllokal gehen müssen, sondern das bequem von der Couch aus tun können.

Das alles kann man in solchen Testregionen einmal ausprobieren und schauen, ob sich das dann im größeren Stil umsetzen lässt. Pragmatismus statt Ideologie ist das Wichtige, Fortschritt mit gesundem Menschenverstand. Ich glaube, das ist genau der Punkt, der jetzt nach den Modernisierungsgesetzen kommen muss.

Ich kann es nur bestätigen: An der Reise, die die IHK, nicht die Enquete-Kommission organisiert hat, hat eine ganze Reihe von Behördenleitern, von Oberbürgermeistern, von Leuten aus der Verwaltungspraxis teilgenommen. Sie alle haben für die Idee

gebrannt, dass wir solche Modellregionen und Testkommunen aufbauen. Wenn die Verwaltung schon diese Bereitschaft zeigt, dann müssen wir dem doch nachgehen und uns in diese Richtung weiterentwickeln.

Dann möchte ich noch zwei, drei Sätze zum AfD-Antrag sagen. Was Sie jetzt fordern, geht weit darüber hinaus, was wir uns unter Bürokratieabbau vorstellen. Bitte vergleichen Sie nicht immer Bayern mit Argentinien.

(Zuruf von der AfD)

Argentinien war am Ende ein sozialistisches Land, das eigentlich schon im Staatsbankrott war; so weit sind wir hier noch nicht.

(Florian Köhler (AfD): Noch nicht!)

– Nein, so weit sind wir hier noch nicht.

(Unruhe)

Deswegen funktionieren auch die Dinge nicht so, wie Sie sie vorschlagen. Bei uns geht es ganz klar darum: Ein Bürokratieabbau darf nicht zu einem Deckmantel für Chaos werden.

Sie sprechen zwar auch von Modellregionen, aber was Sie vorschlagen, ist keine Weiterentwicklung unseres Ansatzes. Sie wollen einen radikalen Systembruch. Sie wollen Sonderwirtschaftszonen mit Steuerbefreiungen, die Abschaffung ganzer Gesetze und eine Staatsreform nach argentinischem Vorbild. Das hat mit bayerischer Verantwortungspolitik nichts zu tun.

Wir wollen keine Experimente auf Kosten des Rechtsstaats, keine ideologischen Rundumschläge. Wir wollen Praxis statt Populismus. Wir wollen den Staat besser machen. Sie wollen den Staat so, wie er ist, abschaffen. Bürokratieabbau gelingt nur dann, wenn man ihn mit Augenmaß und Verantwortungsbewusstsein betreibt und nicht

durch radikale Abrissrhetorik. Deswegen bitten wir darum, unserem Antrag hier Folge zu leisten, meine Damen und Herren.

Ich würde mir wünschen, dass die SPD ihre Enthaltung überdenkt und wir im Plenum wirklich eine breite Zustimmung zu unserem Antrag haben. – Vielen Dank an dieser Stelle.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Dann macht es halt konkreter!)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Abgeordneter, es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. Hierzu hat der Abgeordnete Florian Köhler, AfD-Fraktion, das Wort.

Florian Köhler (AfD): Herr Saller, Javier Milei hat den ersten Haushaltsüberschuss in Argentinien seit über einem Jahrzehnt auch durch drastische Staatsausgabenkürzungen von circa 30 % erzielt. Aber nicht nur diese Maßnahmen haben zu einer Konsolidierung beigetragen, sondern dazu hat beispielsweise auch beigetragen: Milei kommt mit acht Ministerien aus. CSU und FREIE WÄHLER haben inklusive der Staatskanzlei meines Wissens 13 Ministerien. Dann hat Milei, wie ich schon erwähnt habe, einen Haushaltsüberschuss.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Unter CSU und FREIEN WÄHLERN haben wir immer noch eine Rezession hier im Land. Ich finde schon, dass wir im öffentlichen Sektor oder als Staat eine Vorbildfunktion haben. Nicht nur der Bürger sollte den Gürtel enger schnallen, sondern auch wir als Politiker oder als Staat.

Da komme ich jetzt zu meiner Frage. Welche Ministerien und welche Behörden könnten wir in Bayern abschaffen oder zusammenlegen, und wie könnte Bayern insgesamt Geld sparen?

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Bitte, Herr Kollege Saller.

Markus Saller (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Kollege Köhler, Sie stellen Herrn Milei hier in den Raum, als ob er etwas Anbetungswürdiges hätte. Was Sie hier präsentieren, hat ja religiöse Züge. Ich weise noch einmal darauf hin: Vergleichen Sie nicht Bayern mit Argentinien. So weit sind wir noch nicht.

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Und so weit werden wir auch nicht kommen!)

Sie wissen aber auch, dass ich schon mehrfach auch in diesem Hause gesagt habe: Wenn wir Bürokratieabbau an irgendeiner Kennzahl festmachen können,

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

dann wird es am Ende des Tages die Staatsquote sein, über die man sich auch unterhalten muss. Das müssen wir auch alleine schon wegen der demografischen Herausforderungen tun, die auf uns zukommen.

Wenn Sie schon so ein glühender Verehrer des argentinischen Wesens sind, Herr Köhler: Ziehen Sie nach Argentinien, niemand hält Sie auf.

(Zuruf)

Es gab schon einmal eine Zeit, wo sehr viele Deutsche nach Argentinien ausgewandert sind, aber das hatte andere Gründe.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU und den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist hiermit geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

(Unruhe)

– Ich bitte um Ruhe im Haus.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER, Drucksache 19/8668, seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die CSU-Fraktion, die FREIEN WÄHLER, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die AfD-Fraktion. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltung! – Das ist die SPD-Fraktion. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

Wer dem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion, Drucksache 19/8689, seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind die CSU-Fraktion, die FREIEN WÄHLER, die SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Gibt es keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.